

Anfrage eines Mitgliedes	Datum: 22.03.2010	
Dr. Ursula Karlowski (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Änderung der Vergabepaxis- Nein zur ausbeuterischen Kinderarbeit		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit

Sachverhalt:

Am 31.01.2008 wurde von der Bürgerschaft der Beschluss gefasst, dass bei zukünftigen Ausschreibungen der Hansestadt Rostock und ihrer kommunalen Eigenbetrieben und Eigengesellschaften (mit einer städtischen Beteiligung von über 25,1%) nur noch Produkte und Dienstleistungen Berücksichtigung finden sollen, die ohne ausbeuterischen Kinderarbeit hergestellt sind. Dazu sollen die bietenden Unternehmen zur Auskunft darüber verpflichtet werden, in welchem Land das angebotene Produkt hergestellt bzw. bearbeitet wurde. Für Produkte aus Lateinamerika, Asien oder Afrika soll eine Bestätigung über eine unabhängige Zertifizierung (z.B. TransFairsiegel), eine verbindliche Erklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen oder eine verbindliche Zusage, dass zielführende Maßnahmen gegen den Einsatz von Kinderarbeit eingeleitet worden sind, erbracht werden. Es ergeben sich folgende Fragen, um deren Beantwortung der Oberbürgermeister gebeten wird:

1. Welche Maßnahmen wurden durch die Stadtverwaltung nach der Beschlussfassung seit Januar 2008 eingeleitet? Welche Ämter sind wie von dem Beschluss betroffen?
2. Wie werden die MitarbeiterInnen für das Thema sensibilisiert?
3. Gibt es eine Dienstanweisung zur Umsetzung des Beschlusses, wenn nein warum nicht?
4. Welche Maßnahmen wurden in den Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften zur Umsetzung des Beschlusses seit Januar 2008 eingeleitet? Welche Betriebe sind wie von dem Beschluss betroffen?
5. Wie wird die Änderung des Vergaberechtes seit April 2009 durch das Bundesgesetz zur Modernisierung des Vergaberechtes in der Hansestadt Rostock berücksichtigt?
6. Werden Produkte mit eindeutigen Siegel bzw. Zertifikaten z.B. faire Bälle an Schulen, fairer Kaffee zur Bewirtung oder Natursteine mit Zertifikat bereits verwendet?
7. Unterstützt die Stadtverwaltung die Forderung nach einer bundesweiten Servicestelle für sozialökologischen Beschaffung und Einrichtung einer Bieterdatenbank?

Dr. Ursula Karlowski